

Stellungnahme, die heute von einem Sprecher der KPD abgegeben wurde

---

In den letzten Tagen verstärken sich die Unterdrückungsmaßnahmen der herrschenden Kreise der Bundesrepublik gegen die demokratischen Kräfte der Studentenschaft, vor allem gegen den SDS. An der Frankfurter Universität wurde dem SDS unmittelbar nach seinem konsequenten Auftreten gegen die Notstandsgesetzgebung die Tätigkeit untersagt. Für die Münchener Universität und andere Universitäten und Hochschulen sind ähnliche Verbote geplant. Der Zweck der Unterdrückungsmaßnahmen ist klar. Mit dem Schlag gegen den SDS sollen alle demokratischen Studenten getroffen werden. Die demokratische studierende Jugend soll zum Schweigen gebracht, die berechtigten Forderungen der Studenten sollen niedergetrampelt werden. Den Studenten wird das politische Mitspracherecht verweigert.

Die Regierung Kiesinger und das hinter ihr stehende Großkapital wollen mit dem Vorgehen gegen den SDS alle demokratischen Kräfte einschüchtern, die sich für die Verteidigung des Grundgesetzes gegen die Notstandsgesetzgebung einsetzen. Es kennzeichnet ihre Rolle als Erfüllungsgehilfen der CDU/CSU, wenn

rechte Führer der SPD wie Wehner und Schmidt in den Chor der Verleumdung gegen den SDS einstimmen.

Wir Kommunisten versichern dem SDS und allen demokratischen Studenten unsere Solidarität. Wir protestieren gegen Terror und Diffamierung. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Studentenschaft das Recht hat, sich für die Verwirklichung ihrer Forderungen zusammenzuschließen und zu handeln. Sie und die ganze junge Generation haben ein Recht darauf, das gesellschaftliche Leben mitzugestalten.

Wir schlagen den Studenten vor, die Zusammenarbeit und das Bündnis mit der stärksten Kraft unserer Gesellschaft, mit der Arbeiterklasse zu suchen. So können demokratische Forderungen und gesellschaftsverändernde Ideen verwirklicht werden.

Wir Kommunisten wenden uns an alle demokratischen Kräfte, vor allem an die Arbeiterschaft. Fordern wir, daß Schluß gemacht wird mit dem Angriff auf den SDS. Die freie politische Betätigung des SDS an allen Universitäten und Hochschulen muß gesichert bleiben. Mit der Verteidigung der Rechte der Studenten verteidigen wir die Rechte aller Demokraten.

(Volltext)